

## Informationspflicht gem. Art. 13, 14 DSGVO Fachstelle Behinderte Menschen im Beruf

Verantwortlicher:	Stadt Minden
verantworther:	Der Bürgermeister Michael Jäcke
	Kleiner Domhof 17
	32423 Minden
	Telefon: +49 571 890
	Telefax: +49 571 89401
	E-Mail: <u>info@minden.de</u>
	Internet: www.minden.de
	Die Stadt Minden ist eine Körperschaft des öffentli-
	chen Rechts. Sie wird vertreten durch den Bürger-
	meister Michael Jäcke.
Zuständige Dienststelle:	Stadt Minden
	Bereich 3.35
	Fachstelle Behinderte Menschen im Beruf
	Kleiner Domhof 17
	32423 Minden
	E-Mail: Fachstelle.beh.Menschen.im.Beruf@minden.de
	Internet: www.minden.de
Datenschutzbeauftragte*r:	Stadt Minden
Datenschatzbeauftragte 1.	Behördliche Datenschutzbeauftragte
	Kleiner Domhof 17
	32423 Minden
	Telefon: +49 571 89-237
	E-Mail: datenschutz@minden.de
	Internet: www.minden.de
Dochtegwardlage	Sozialgesetzbücher I bis XII,
Rechtsgrundlage:	insbesondere:
	§§ 60 – 65 SGB I
	§§ 20 – 25 SGB X
	§§ 14, 151 – 175, 185 SGB IX
<b>7</b> al.	Art. 6 Abs. 1 und Art. 9 Abs. 2 DSGVO
Zweck:	Leistungen zur Teilhabe schwerbehinderter Menschen
	nach dem Sozialgesetzbuch IX, Teil 3, insbesondere
	Kündigungsschutz und begleitende Hilfen im Arbeits-
	leben.
Speicherdauer:	Für Leistungsakten des SGB IX gilt i. d. R. eine
	10jährige Aufbewahrungsfrist nach Beendigung des
	Leistungsfalls. Sofern Ansprüche auf Erstattungen
	aus der Leistungsgewährung geltend gemacht wer-
	den, kann es vorkommen, dass personenbezogene

	Daten im Rahmen der gesetzlichen Verjährungsfris-
	ten bis zu 30 Jahren aufbewahrt werden müssen.
Quelle der Daten:	Die Daten werden zur Erfüllung der gesetzlichen Auf-
<b>Q</b>	gabe erhoben
	- bei der betroffenen Person
	- bei den für die Entscheidungen maßgeblichen
	Institutionen/Personen (z.B. Feststellungsbe-
	hörde, Krankenkasse, Rentenversicherung,
	Agentur für Arbeit, Berufsgenossenschaft, In-
	tegrationsfachdienst, Arbeitgeber, Arzt)
Empfänger/Kategorien von	- Stadt Minden als örtlicher Träger des Schwer-
Empfängern:	behindertenrechts
	- vom Antragsteller / von der Antragstellerin be-
	vollmächtigte Personen
	<ul> <li>Landschaftsverband Westfalen-Lippe - Inklusi- onsamt Arbeit</li> </ul>
	- Integrationsfachdienste Minden, Münster und
	Paderborn/Höxter
	- Feststellungsbehörde, Krankenkasse, Renten-
	versicherung, Agentur für Arbeit, Berufsgenos-
	senschaft, Arbeitgeber, Arzt (nach Notwendig-
	keit)
	- in § 35 SGB I genannte Stellen sowie gleichge-
	stellte Stellen im Sinne des § 69 Abs. 2 SGB X
	- sonstige Stellen, an die eine Übermittlung von
	Daten zulässig ist
	- berechtigte Dritte
Übermittlung an ein Dritt-	Fine Datenübermittlung an Stellen außerhalb der EU
land/internationale Orga-	Eine Datenübermittlung an Stellen außerhalb der EU findet nicht statt.
nisation:	midet ment statt.
Betroffenenrechte:	Jede*r Betroffene hat das Recht auf
	- Auskunft (Art. 15 DSGVO)
	- Berichtigung (Art. 16 DSGVO)
	- Löschung (Art. 17 DSGVO)
	- Einschränkung bei der Verarbeitung (Art.
	18DSGVO)
	- Widerspruch (Art. 21 DSGVO)
	- Datenübertragung (Art. 20 DSGVO)
	<ul> <li>Beschwerderecht bei der zuständigen Auf- sichtsbehörde (Art. 77 DSGVO)</li> </ul>
	Landesbeauftragte für Datenschutz und Infor-
	mationsfreiheit Nordrhein-Westfalen,
	Postfach 20 04 44
	40102 Düsseldorf
	Tel.: 0211/38424-0
	Fax: 0211/38424-10
	E-Mail: poststelle@ldi.nrw.de
	, , , , , , , , , , , , , , , , , , ,
	Sollten Sie Zweifel an der ordnungsgemäßen Verar-
	beitung Ihrer Daten haben, können Sie jederzeit die-
	ser Datenverarbeitung für die Zukunft widersprechen.

	Erfolgsaussichten hat Ihr Widerspruch gegenüber der Stadt Minden jedoch nur dann, soweit nicht eine Rechtsgrundlage die Verarbeitung regelt bzw. an der Verarbeitung kein zwingendes öffentliches Interesse besteht, das die Interessen der betroffenen Person überwiegt (Art. 21 DSGVO, § 14 DSG NRW ).  Wenn Sie in die Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten durch eine entsprechende Erklärung eingewilligt haben, können Sie die Einwilligung jederzeit für die Zukunft widerrufen. Die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Datenverarbeitung wird durch diesen nicht berührt.
	Ihren Widerspruch richten Sie bitte an den Verantwortlichen, an die zuständige Dienststelle oder an die behördliche Datenschutzbeauftragte.
Bereitstellungspflicht von Daten:	Die Mitwirkungspflichten ergeben sich aus den oben genannten Rechtsgrundlagen. Sofern die notwendigen Daten nicht vollumfänglich bereit gestellt werden, kann beispielsweise eine Leistungserbringung nach dem SGB IX abgelehnt, versagt oder entzogen werden.
Profiling:	Es findet kein Profiling statt.